Durchführungsvertrag Unterstützungskasse

zwischen der

Altersversorgung Metall und Elektro - MetallRente GmbH, Berlin

Einerseits

der Unterstützungskasse

Allianz-Pensions-Management e.V.
- nachstehend "Unterstützungskasse" genannt -

und den Versicherungsgesellschaften

Allianz Lebensversicherungs-AG, Stuttgart
ERGO Lebensversicherung AG, Hamburg
R+V Lebensversicherung AG, Wiesbaden,
- nachstehend "Gesellschaften" genannt -

andererseits

Ab dem 01.01.2021 wird eine neue Produktgeneration eingeführt. Die Tarifbezeichnung wird geringfügig angepasst: von StRSKU2U auf StRSKU1U.

Alle Änderungen gelten ab dem 01.01.2021.

Alle nicht geänderten Passagen gelten unverändert fort.

Inhaltsverzeichnis

I. Regelungen zu den Versicherungsverträgen	3
§ 1 Versicherbarer Personenkreis, Konsortium, Geschäftsführung	3
§ 2 Versicherungsumfang	4
§ 3 Tarife, Bedingungen, Überschussbeteiligung	10
§ 4 Versicherungsnehmer, Bezugsberechtigte	11
§ 5 Zugangs- und Aufnahmebedingungen	12
§ 6 Beiträge	17
§ 7 Vorzeitiges Ausscheiden	20
§ 8 Geschäftsverkehr, Willenserklärungen	21
§ 9 Zahlung der Versicherungsleistung	21
§ 10 Veröffentlichungen	22
II. Schlussbestimmungen	23
§ 11 Vertragsdauer, Änderung, Kündigung des Vertrages	23
§ 12 Teilunwirksamkeit	23
§ 13 Sonstige Hinweise	23
§ 14 Weitere Bestandteile des Durchführungsvertrages	24
§ 15 Anzuwendendes Recht	25
§ 16 Gerichtsstand	25

I. Regelungen zu den Versicherungsverträgen

§ 1

Versicherbarer Personenkreis, Konsortium, Geschäftsführung

Nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Vertrages übernehmen die Gesellschaften Versicherungen auf das Leben von Arbeitnehmern derjenigen Arbeitgeber, die zur Versorgung über das Versorgungswerk MetallRente berechtigt sind. Regelungen dieses Vertrages haben Vorrang vor den einschlägigen Versicherungsbedingungen, sofern und soweit sie von diesen abweichen.

Im Rahmen des Durchführungsvertrags Unterstützungskasse werden die Tarife gegen laufende Beitragszahlung angeboten.

Die Unterstützungskasse beauftragt auf Wunsch der MetallRente GmbH die Allianz Lebensversicherungs-AG – in dieser Funktion nachstehend „Allianz“ genannt – mit der Federführung der Konsortialverträge.

Jeder auf Grund des Vertrages abzuschließende Versicherungsvertrag wird zwischen den Konsortialmitgliedern entsprechend den ihnen zustehenden Anteilen quotiert. Jede Gesellschaft ist Erstversicherer in Höhe ihres Anteils an den Versicherungsleistungen der einzelnen Versicherungen. Dieser Anteil ist gemäß den bestehenden vertraglichen Vereinbarungen zwischen der MetallRente GmbH, der Unterstützungskasse und den Gesellschaften wie folgt festgesetzt:

- Unterstützungskasse GARANTIE

Allianz Lebensversicherungs-AG	70 %
ERGO Lebensversicherung AG	20 %
R+V Lebensversicherung AG.....	10 %

- Unterstützungskasse PROFIL

Allianz Lebensversicherungs-AG	70 %
R+V Lebensversicherung AG.....	30 %

Die MetallRente GmbH überträgt die Geschäftsführung für die Konsortialmitglieder an die Allianz. Die Allianz verpflichtet sich gegenüber der MetallRente GmbH, die Federführung im Rahmen des Versicherungsvertrages wahrzunehmen.

Die Allianz vertritt die anderen Konsortialmitglieder bezüglich ihrer Anteile bei der Abwicklung dieses Vertrages und der Versicherungsverhältnisse rechtsgeschäftlich und in etwaigen Prozessen, insbesondere auch bei der Abgabe und Entgegennahme von Willenserklärungen sowie bei Anerkennnissen, Vergleichen und Verzichten. Die geführten

Konsortialmitglieder erkennen die von der Allianz getroffenen Entscheidungen sowie für oder gegen diese ergangenen gerichtlichen Entscheidungen als für sich verbindlich an.

Die Allianz bearbeitet den gesamten diesen Vertrag und die Versicherungsverhältnisse betreffenden Geschäftsverkehr ohne Einschaltung der geführten Konsortialmitglieder. Bei den geführten Konsortialmitgliedern ist damit keine Bestandsführung erforderlich.

Die geführten Konsortialmitglieder stimmen dem zu.

§ 2 Versicherungsumfang

Für die zu versichernden Personen werden Versicherungen nach Gruppensondertarif der Allianz im Tarifbereich O, C bzw. J abgeschlossen.

Voraussetzung für die Anwendung des Sondertarifs im

- Tarifbereich C ist, dass der maßgebende Mindestbeitrag in Höhe von jährlich 1.200 €
- Tarifbereich J ist, dass der maßgebende Mindestbeitrag in Höhe von jährlich 2.400 € erreicht wird.

Der Mindestbeitrag muss nicht bei jeder einzelnen versicherten Person erreicht werden; es genügt, wenn er im Durchschnitt aller versicherten Personen eines Trägerunternehmens erzielt wird.

Die Allianz ist berechtigt, die Einstufung in den Tarifbereich alljährlich zum Jahrestag des Vertragsbeginns zu überprüfen. Wird die o. g. Voraussetzung nicht eingehalten, kann die Einstufung für hinzukommende Versicherungen neu festgesetzt werden.

Die oben genannten Regelungen zum Gruppensondertarif und den Tarifbereichen gelten grundsätzlich. In begründeten Einzelfällen kann die Allianz im Einvernehmen mit der MetallRente GmbH und der Unterstützungskasse eine hiervon abweichende Regelung zulassen.

Folgende Bausteine werden angewendet:

Bausteine zur Altersvorsorge

Baustein Altersvorsorge: GARANTIE / Zukunftsrente Klassik - Rentenversicherung mit Beitragsrückzahlung bei Tod vor Rentenbeginn (Tarif StR2U):

Folgende Leistungsmerkmale sind vereinbart:

Bei Erleben des vereinbarten Rentenbeginns erfolgt die Zahlung einer lebenslangen Rente. Es besteht die Option auf Teilkapitalisierung oder einmalige Kapitalzahlung. Im Falle einer Teilkapitalisierung wird die Rente bedingungsgemäß anteilig gekürzt. Das der Gesamrente zu Rentenbeginn zugrundeliegende Gesamtkapital ergibt sich aus der Summe des Deckungskapitals der Altersvorsorge mit Berücksichtigung der Überschussbeteiligung zuzüglich Schlussüberschuss und Beteiligung an Bewertungsreserven. Es gelten die Regelungen in den jeweils gültigen Versicherungsbedingungen.

Aus dem Baustein Altersvorsorge wird bei Tod der versicherten Person vor Rentenbeginn ein einmaliges Garantiekapital in Höhe der eingezahlten Beiträge fällig.

Bei Tod der versicherten Person nach Rentenbeginn wird ein einmaliges Garantiekapital in Höhe eines Vielfachen der jährlichen ab Rentenbeginn garantierten Rente abzüglich bereits gezahlter ab Rentenbeginn garantierter Renten fällig.

Es besteht die Möglichkeit auf Einschluss einer garantierten Rentensteigerung. Diese Möglichkeit besteht nicht, wenn als Überschussverwendung ab Rentenbeginn Überschussrente vereinbart wird. Wird die garantierte Rentensteigerung eingeschlossen, steigt die zu Beginn der Rentenzahlung erreichte Altersrente während der Rentenzahlung jährlich um garantiert 1%.

Baustein Altersvorsorge: GARANTIE / Zukunftsrente Klassik – Rentenversicherung ohne Beitragsrückzahlung bei Tod vor Rentenbeginn (Tarif StR1U):

Der Einschluss einer individuellen Hinterbliebenenrente ist obligatorisch und der einer kollektiven Waisenrente optional.

Folgende Leistungsmerkmale sind vereinbart:

Bei Erleben des vereinbarten Rentenbeginns erfolgt die Zahlung einer lebenslangen Rente. Es besteht die Option auf Teilkapitalisierung oder einmalige Kapitalzahlung. Im Falle einer Teilkapitalisierung wird die Rente bedingungsgemäß anteilig gekürzt. Das der

Gesamtrente zu Rentenbeginn zugrundeliegende Gesamtkapital ergibt sich aus der Summe des Deckungskapitals der Altersvorsorge mit Berücksichtigung der Überschussbeteiligung zuzüglich Schlussüberschuss und Beteiligung an Bewertungsreserven. Es gelten die Regelungen in den jeweils gültigen Versicherungsbedingungen.

Bei Tod der versicherten Person vor Rentenbeginn wird aus dem Baustein keine Leistung fällig (davon unberührt: Leistung aus einer eingeschlossenen Hinterbliebenenvorsorge).

Es besteht die Möglichkeit auf Einschluss einer garantierten Rentensteigerung. Diese Möglichkeit besteht nicht, wenn als Überschussverwendung ab Rentenbeginn Überschussrente vereinbart wird. Wird die garantierte Rentensteigerung eingeschlossen, steigt die zu Beginn der Rentenzahlung erreichte Altersrente während der Rentenzahlung jährlich um garantiert 1%.

Baustein Altersvorsorge: GARANTIE / Zukunftsrente Klassik – Rentenversicherung mit Beitragsrückzahlung-Plus bei Tod vor Rentenbeginn (Tarif StRS2U)

Folgende Leistungsmerkmale sind vereinbart:

Bei Erleben des vereinbarten Rentenbeginns erfolgt die Zahlung einer lebenslangen Rente. Es besteht die Option auf Teilkapitalisierung oder einmalige Kapitalzahlung. Im Falle einer Teilkapitalisierung wird die Rente bedingungsgemäß anteilig gekürzt. Das der Gesamtrente zu Rentenbeginn zugrundeliegende Gesamtkapital ergibt sich aus der Summe des Deckungskapitals der Altersvorsorge mit Berücksichtigung der Überschussbeteiligung zuzüglich Schlussüberschuss und Beteiligung an Bewertungsreserven. Es gelten die Regelungen in den jeweils gültigen Versicherungsbedingungen.

Bei Tod der versicherten Person vor Rentenbeginn wird ein einmaliges Garantiekapital in Höhe des Deckungskapitals der Altersvorsorge ohne Berücksichtigung der Überschussbeteiligung, mindestens aber die Summe der gezahlten Beiträge für die Altersvorsorge fällig. Dazu kommen noch die Leistungen aus der Überschussbeteiligung.

Bei Tod der versicherten Person nach Rentenbeginn wird ein einmaliges Garantiekapital in Höhe eines Vielfachen der jährlichen, ab Rentenbeginn garantierten Rente abzüglich bereits gezahlter ab Rentenbeginn garantierter Renten fällig.

Es besteht die Möglichkeit auf Einschluss einer garantierten Rentensteigerung. Diese Möglichkeit besteht nicht, wenn als Überschussverwendung ab Rentenbeginn Überschussrente vereinbart wird. Wird die garantierte Rentensteigerung eingeschlossen, steigt die zu Beginn der Rentenzahlung erreichte Altersrente während der Rentenzahlung jährlich um garantiert 1%.

Baustein Altersvorsorge: PROFIL / Zukunftsrente Perspektive – Rentenversicherung mit garantierter Mindestrente (Tarif StRSKU1U)

Folgende Leistungsmerkmale sind vereinbart:

Bei Erleben der vereinbarten Altersgrenze erfolgt die Zahlung einer lebenslangen Rente. Es besteht die Option auf Teilkapitalisierung oder einmalige Kapitalzahlung. Im Falle einer Teilkapitalisierung wird die Rente bedingungsgemäß anteilig gekürzt.

Das Garantiekapital liegt bei (mindestens) 90% der Summe der Beiträge für die Altersvorsorgeleistung.

Bei Tod der versicherten Person vor Rentenbeginn wird eine einmalige Kapitalleistung in Höhe des Deckungskapitals des Bausteins Altersvorsorge (mit Berücksichtigung der Überschussbeteiligung zuzüglich Schlussüberschuss und Beteiligung an Bewertungsreserven) gezahlt.

Bei Tod der versicherten Person nach Rentenbeginn wird ein einmaliges Garantiekapital in Höhe eines Vielfachen der jährlichen, ab Rentenbeginn garantierten Rente abzüglich bereits gezahlter ab Rentenbeginn garantierter Renten fällig.

Es besteht die Möglichkeit auf Einschluss einer garantierten Rentensteigerung. Diese Möglichkeit besteht nicht, wenn als Überschussverwendung ab Rentenbeginn Überschussrente vereinbart wird. Wird die garantierte Rentensteigerung eingeschlossen, steigt die zu Beginn der Rentenzahlung erreichte Altersrente während der Rentenzahlung jährlich um garantiert 1%.

Zusatzversicherung: Bausteine zur Berufsunfähigkeitsvorsorge

Baustein Beitragsbefreiung (BUZ-B TB):

(nur in Verbindung mit den Bausteinen StR1U, StR2U und StRSKU1U möglich; optional)

Folgendes Leistungsmerkmal ist vereinbart:

- Beitragsbefreiung

Wird die versicherte Person während der vereinbarten Versicherungsdauer zu mindestens 50% für voraussichtlich 6 Monate berufsunfähig, wird der Versicherungsnehmer von der Beitragszahlungspflicht für sämtliche Bausteine befreit (Baustein BUZ-B als Beitragsbefreiung Plus). Der Begriff der Berufsunfähigkeit ist in Teil A der Versicherungsbedingungen für die Bausteine Berufsunfähigkeitsvorsorge – Beitragsbefreiung

und Berufsunfähigkeitsrente E5 (UKM) unter "Was ist Berufsunfähigkeit im Sinne dieser Bedingungen?" definiert. Der Begriff der Berufsunfähigkeit stimmt nicht mit dem Begriff der Erwerbsminderung oder Berufsunfähigkeit im sozialversicherungsrechtlichen Sinne bzw. im Sinne der Versicherungsbedingungen in der Krankentagegeldversicherung überein.

Baustein Berufsunfähigkeitsrente (BUZ-BR TBTR):

(nur in Verbindung mit den Bausteinen StR1U und StRSKU1U (optional) sowie StRS2U (obligatorisch) möglich)

Folgende Leistungsmerkmale sind vereinbart:

- Beitragsbefreiung
- Berufsunfähigkeitsrente in Höhe von 100% der Garantierente
Hiervon abweichend kann auch eine Berufsunfähigkeitsrente vereinbart werden, die geringer ist als 100% der Garantierente.

Wird die versicherte Person während der vereinbarten Versicherungsdauer zu mindestens 50% für voraussichtlich 6 Monate berufsunfähig, wird der Versicherungsnehmer von der Beitragszahlungspflicht für sämtliche Bausteine befreit (Baustein BUZ-B als Beitragsbefreiung Plus und BUZ-BR als Berufsunfähigkeitsrente Plus) und die vereinbarte Berufsunfähigkeitsrente monatlich im Voraus gezahlt. Der Begriff der Berufsunfähigkeit ist in Teil A der Versicherungsbedingungen für die Bausteine Berufsunfähigkeitsvorsorge – Beitragsbefreiung und Berufsunfähigkeitsrente E5 (UKM) unter "Was ist Berufsunfähigkeit im Sinne dieser Bedingungen?" definiert. Der Begriff der Berufsunfähigkeit stimmt nicht mit dem Begriff der Erwerbsminderung oder Berufsunfähigkeit im sozialversicherungsrechtlichen Sinne bzw. im Sinne der Versicherungsbedingungen in der Krankentagegeldversicherung überein.

Zugrunde gelegt wird grundsätzlich einheitlich die Berufsgruppe B. Für Trägerunternehmen deren Arbeitnehmerschaft eine signifikant andere Zusammensetzung der Berufe aufweist, als bei dieser Berufsgruppe unterstellt, wird im Einvernehmen mit der Metall-Rente GmbH und der Unterstützungskasse eine eigene Berufsgruppeneinstufung vorgenommen.

Enthält der zugehörige Hauptversicherungsbaustein eine garantierte Rentensteigerung, so steigt im Falle einer Berufsunfähigkeit die garantierte Berufsunfähigkeitsrente während der Bezugsdauer jährlich garantiert um 1%.

Zusatzversicherung: Bausteine zur Hinterbliebenenvorsorge

(nur in Verbindung mit dem Baustein StR1U möglich)

Baustein WRA (Hinterbliebenenrente vor Rentenbeginn) (obligatorisch):

Folgendes Leistungsmerkmal ist vereinbart:

- Leistung bei Tod vor Rentenbeginn in Höhe von 60% der Garantierente

Baustein WRR (Hinterbliebenenrente ab Rentenbeginn) (obligatorisch):

Folgendes Leistungsmerkmal ist vereinbart:

- Leistung bei Tod nach Rentenbeginn in Höhe von 60% der Garantierente

Enthält der zugehörige Hauptversicherungsbaustein eine garantierte Rentensteigerung, so steigt die zu Beginn der Rentenzahlung erreichte Hinterbliebenenrente während der Bezugsdauer der Hinterbliebenenrente jährlich garantiert um 1%.

Die beiden Bausteine WRA und WRR können nur zusammen abgeschlossen werden.

Baustein KRA (HK) (kollektive Waisenrente vor Rentenbeginn) (optional):

Folgendes Leistungsmerkmal ist vereinbart:

- Leistung bei Tod vor Rentenbeginn in Höhe von 20% der Garantierente

Baustein KRR (HK) (kollektive Waisenrente ab Rentenbeginn) (optional):

Folgendes Leistungsmerkmal ist vereinbart:

- Leistung bei Tod nach Rentenbeginn in Höhe von 20% der Garantierente

Enthält der zugehörige Hauptversicherungsbaustein eine garantierte Rentensteigerung, so steigt die zu Beginn der Rentenzahlung erreichte Waisenrente während der Bezugsdauer der Waisenrente jährlich garantiert um 1%.

Die beiden Bausteine KRA (HK) und KRR (HK) können nur zusammen und nur in Verbindung mit den Bausteinen WRA und WRR abgeschlossen werden. Wenn beide versicherte Personen gestorben sind, wird für jedes rentenberechtigende Kind eine doppelte

Waisenrente gezahlt. Die Zahlung der Waisenrente erfolgt, solange die Anforderungen des § 32 Abs. 3 und Abs. 4 Satz 1 Nr. 1-3 Einkommensteuergesetz (EStG) erfüllt sind, längstens bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres. Wenn alle Waisenrenten und die Hinterbliebenenrente zusammen die Rente aus dem Baustein StR1U übersteigen, werden die Waisenrenten gleichmäßig gekürzt.

Fälligkeit der Versicherungsleistung:

Die Rentenzahlung erfolgt monatlich.

Die Aufschubdauer endet – sofern nichts Abweichendes vereinbart ist – im Alter von 67 Jahren.

Beitragszahlung:

Die Beitragszahlung wird monatlich oder jährlich zu den von dem jeweiligen Trägerunternehmen festgelegten Terminen vorgenommen.

Höhe der Versorgung:

Versicherungsleistung und Beitrag der auf das Leben der einzelnen zu versichernden Personen abgeschlossenen Versicherungen richten sich nach den für das jeweilige Trägerunternehmen in seinem Leistungsplan getroffenen Regelungen.

§ 3 Tarife, Bedingungen, Überschussbeteiligung

Der Mitversicherer tritt in die maßgebenden Geschäftspläne / Tarifbestimmungen und zugehörigen Versicherungsbedingungen der Allianz ein.

Die fälligen Überschussanteile werden zur Erhöhung der Versicherungsleistung verwendet (vor Rentenbeginn bzw. vor der vereinbarten Altersgrenze: für Tarifbonus für die Bausteine StR1U und StRS2U, Erlebensfallbonus für den Baustein StR2U und Kapitalbonus für den Baustein StRSKU1U bzw. erweiterter Kapitalbonus für den Baustein StRSKU1U bei Einschluss von den Zusatzbausteinen Beitragsbefreiung und Berufsunfähigkeitsrente, ab Rentenbeginn: für Zusatzrente). Optional kann für beherrschende Gesellschafter-Geschäftsführer (GGF) als Überschussverwendung ab Rentenbeginn auch Überschussrente vereinbart werden.

Das Produkt PROFIL unterscheidet sich in der Garantiausstattung von den Klassiktari-
fen der beteiligten Gesellschaften. Das modifizierte Garantieniveau wird bei der Festle-
gung der Überschussbeteiligung so berücksichtigt, dass das Niveau der Überschussbe-
teiligung der Klassiktarife entsprechend angepasst wird. Der gegenüber dem Klassiktarif
modifizierte Teil der Überschussbeteiligung des Produkts PROFIL wird im Rahmen einer
jährlichen Vereinbarung mit jedem Konsorten fixiert und entsprechend für seinen jeweili-
gen Anteil am Bestand finanziert. Bei der Festlegung werden actuarielle Grundsätze be-
rücksichtigt.

Im Rahmen dieses Vertrages werden die Überschussanteile nach dem System der Alli-
anz ermittelt. Hierbei werden die Überschussanteilsätze für jede Gesellschaft individuell
so festgesetzt, dass die Höhe dem allgemeinen Niveau der Überschussbeteiligung der
einzelnen Gesellschaft entspricht.

Auf Basis der unterschiedlichen Überschussbeteiligungen erfolgt ein Ausgleich zwischen
den Konsortialmitgliedern. Die Konsorten werden ausgehend von dem quotalen Anteil an
den fälligen Überschüssen den über- oder untersteigenden Betrag den übrigen Konsor-
ten zur Verfügungen stellen oder erhalten.

Die für die Berücksichtigung des individuellen Niveaus der Überschussbeteiligung not-
wendigen Zahlenangaben stellen die Mitversicherer dem Federführer auf Anforderung
oder bei Änderung der Überschussdeklaration unaufgefordert zur Verfügung.

Die „Wichtige Mitteilung“ zu den Folgen einer Anzeigepflichtverletzung nach § 19 Ab-
satz 5 Versicherungsvertragsgesetz (VVG) ist Bestandteil des Durchführungsvertrags.

Bei Versicherungen mit kurzer Aufschubdauer (derzeit von bis zu 9 Jahren) kann für ei-
nen bestimmten Zeitraum ein eigener Rechnungszins zur Anwendung kommen. Näheres
hierzu kann dem jeweiligen Versorgungsvorschlag entnommen werden.

Ebenso können bei Versicherungen mit kurzer Aufschubdauer eigene Überschussan-
teilssätze verwendet werden. Näheres hierzu kann dem jeweiligen Versorgungsvor-
schlag entnommen werden.

§ 4

Versicherungsnehmer, Bezugsberechtigte

1. Die Unterstützungskasse ist Versicherungsnehmer zu sämtlichen Versicherungen.
2. Sämtliche Leistungen stehen ausschließlich der Unterstützungskasse zu.

§ 5 Zugangs- und Aufnahmebedingungen

1. Der Versicherungsbeginn für die innerhalb dieses Vertrages abschließbaren Versicherungen kann frühestens auf den 1. Januar 2021 festgesetzt werden.
2. Die Anmeldung der zu versichernden Personen (Zugänge) erfolgt jeweils an dem Monatsersten, der im Leistungsplan für die Mitarbeiter des jeweiligen Arbeitgebers als Stichtag für die Aufnahme in die Versorgung vorgesehen ist. Anpassungen der Versicherungsleistungen werden ggf. einmal jährlich zu einem für den einzelnen Arbeitgeber vereinbarten Termin vorgenommen.

Bausteine zur Altersvorsorge

Die Allianz verzichtet für den Baustein zur Altersvorsorge auf eine Gesundheitsprüfung. Die Anmeldung erfolgt jeweils auf dem gültigen Vordruck oder über die für das Versorgungswerk MetallRente bereitgestellten Angebots- oder Verwaltungsmedien (z.B. FirmenOnline, MetallRente BetriebsrentenRechner/ MetallRente Portal).

Baustein zur Altersvorsorge in Verbindung mit dem Baustein zur Beitragsbefreiung (BUZ-B TB)

Werden bei einem Trägerunternehmen weniger als 10 Arbeitnehmer angemeldet, sind eine Gesundheitserklärung (GV M318) und in Abstimmung mit der Verwaltung ggf. weitere Angaben und Untersuchungen erforderlich. Dies gilt auch für etwaige Aufstockungen.

Bei Anmeldung von mindestens 10 Arbeitnehmern gilt folgendes:

- Obligatorischer Einschluss des Bausteins Beitragsbefreiung (BUZ-B TB) im Rahmen einer arbeitgeberfinanzierten Vorsorge für alle zu versichernden Arbeitnehmer eines Trägerunternehmens:
Die Allianz verzichtet auf eine Gesundheitsprüfung. Dies gilt auch für etwaige Aufstockungen.
- Obligatorischer Einschluss des Bausteins Beitragsbefreiung (BUZ-B TB) im Rahmen einer arbeitnehmerfinanzierten Vorsorge für alle zu versichernden Arbeitnehmer eines Trägerunternehmens:
Die Allianz verzichtet bei Rentenversicherungen bis zu einem Jahresbeitrag von 7.000 EUR und auf eine Gesundheitsprüfung. Bei einem Jahresbeitrag

zwischen 7.000 EUR und 12.000 EUR erfolgt die Aufnahme mit Dienstobliegenheitserklärung (siehe Anlage). Bei höheren Beiträgen sind generell eine Gesundheitserklärung (GV M318 – siehe Anlage) und in Abstimmung mit der Verwaltung ggf. weitere Angaben und Untersuchungen erforderlich. Wenn im Einzelfall die Dienstobliegenheitserklärung nicht abgegeben werden kann, ist auch eine Gesundheitserklärung (GV M318) erforderlich. Dies gilt auch für etwaige Aufstockungen.

- Optionaler Einschluss des Bausteins Beitragsbefreiung (BUZ-B TB) im Rahmen einer arbeitnehmerfinanzierten oder arbeitgeberfinanzierten Vorsorge: Die Allianz verzichtet bis zu einem Jahresbeitrag von 7.000 EUR auf eine Gesundheitsprüfung, wenn die Anmeldung innerhalb von 12 Monaten nach Vertragsbeginn bzw. innerhalb von 18 Monaten nach Dienst Eintritt bei neuen Mitarbeitern erfolgt. Die Aufnahme zu einem späteren Zeitpunkt und/oder bei einem Jahresbeitrag zwischen 7.000 und 12.000 EUR erfolgt mit Dienstobliegenheitserklärung (siehe Anlage). Bei höheren Beiträgen sind generell eine Gesundheitserklärung (GV M318) und in Abstimmung mit der Verwaltung ggf. weitere Angaben und Untersuchungen erforderlich. Wenn im Einzelfall die Dienstobliegenheitserklärung nicht abgegeben werden kann, ist auch eine Gesundheitserklärung (GV M318) erforderlich. Dies gilt auch für etwaige Aufstockungen.

Baustein zur Altersvorsorge in Verbindung mit dem Baustein zur Hinterbliebenenvorsorge und ggf. in Verbindung mit dem Baustein zur Beitragsbefreiung (BUZ-B TB)

Wird der Baustein Beitragsbefreiung (BUZ-B TB) obligatorisch im Rahmen einer arbeitgeberfinanzierten Versorgung für alle zu versichernden Arbeitnehmer eines Trägerunternehmens eingeschlossen und wird die jährliche (obligatorische) Hinterbliebenenrente bis zu 4.000 EUR jährlich nicht überschritten, so verzichtet die Allianz bei Anmeldung von mindestens 10 Arbeitnehmern auf eine Gesundheitsprüfung (listenmäßige Aufnahme). Bei einer jährlichen (obligatorischen) Hinterbliebenenrente bis zu 7.000 EUR ist eine Dienstobliegenheitserklärung erforderlich. Bei höheren Summen oder wenn die Hinterbliebenenrente optional im Rahmen einer arbeitgeber- oder arbeitnehmerfinanzierten Versorgung eingeschlossen wird, sind eine Gesundheitserklärung (GV M319 – siehe Anlage) und in Abstimmung mit der Verwaltung ggf. weitere Angaben und Untersuchungen erforderlich. Sieht der Leistungsplan des Trägerunternehmens maximal 2 Aufnahmetermine im Jahr vor, ist auch bei einer jährlichen (optionalen) Hinterbliebenenrente bis zu 7.000 EUR nur eine Dienstobliegenheitserklärung erforderlich. Wenn im Einzelfall die Dienstobliegenheitserklärung nicht abgegeben werden kann, ist auch eine

Gesundheitserklärung (GV M319) erforderlich. Dies gilt auch für etwaige Aufstockungen. Für die Anmeldung von 20 und mehr versicherten Personen eines Trägerunternehmens gelten höhere Grenzwerte. Diese werden von der verwaltenden Stelle auf Anfrage mitgeteilt.

Werden bei einem Trägerunternehmen weniger als 10 Arbeitnehmer angemeldet, sind eine Gesundheitserklärung (GV M319) und in Abstimmung mit der Verwaltung ggf. weitere Angaben und Untersuchungen erforderlich. Dies gilt auch für etwaige Aufstockungen.

Baustein zur Altersvorsorge in Verbindung mit dem Baustein zur Beitragsbefreiung und Berufsunfähigkeitsrente (BUZ-B TB und BUZ-BR TBTR) und ggf. in Verbindung mit den Bausteinen zur Hinterbliebenenvorsorge

Grundsätzlich ist bei Einschluss des Bausteins Beitragsbefreiung und Berufsunfähigkeitsrente die Abgabe einer Gesundheitserklärung (GV M318 – siehe Anlage) erforderlich. Bei Berufsunfähigkeitsrenten über 30.000 EUR jährlicher Garantierente werden in Abstimmung mit der verwaltenden Stelle ggf. weitere Angaben und Untersuchungen benötigt. Dies gilt grundsätzlich auch für etwaige Summenerhöhungen bei bestehenden Versicherungen.

Davon abweichend sind folgende Vereinfachungen bei Anmeldung von mindestens 10 Arbeitnehmern möglich:

- Wird der Baustein Beitragsbefreiung und Berufsunfähigkeitsrente obligatorisch im Rahmen einer arbeitgeberfinanzierten Versorgung für alle zu versichernden Arbeitnehmer eingeschlossen und wird eine garantierte Berufsunfähigkeitsrente von 15.000 EUR jährlich nicht überschritten, so genügt für die Anmeldung die Abgabe einer Dienstobliegenheitserklärung. Kann die Dienstobliegenheitserklärung nicht abgegeben werden, so gelten die o.g. Grundsätze. Für die Anmeldung von 20 und mehr versicherten Personen eines Trägerunternehmens können ggf. höhere Schwellenwerte zur Anwendung kommen. Diese werden von der verwaltenden Stelle auf Anfrage mitgeteilt.
- Wird der Baustein Beitragsbefreiung und Berufsunfähigkeitsrente optional oder im Rahmen einer arbeitnehmerfinanzierten Versorgung obligatorisch eingeschlossen, so ist ggf. ebenfalls ein vereinfachtes Aufnahmeverfahren mit Dienstobliegenheitserklärung möglich, wenn die garantierte Berufsunfähigkeitsrente 15.000 EUR jährlich nicht überschreitet und die Anmeldung innerhalb von 6 Monaten nach Vertragsbeginn bzw. innerhalb von 18 Monaten nach Dienst Eintritt bei neuen Mitarbeitern erfolgt. Wenn es sich um ein größeres Trägerunternehmen mit einem Potenzial für Neuanmeldungen von mindestens 100 Arbeitnehmern handelt, kann bei einem vereinfachten Aufnahmeverfahren

die Anmeldung innerhalb von 12 Monaten nach Vertragsbeginn bzw. innerhalb von 18 Monaten nach Dienst Eintritt bei neuen Mitarbeitern erfolgen. Die weiteren Voraussetzungen zur Anwendung dieses erleichterten Aufnahmeverfahrens werden von der verwaltenden Stelle auf Anfrage mitgeteilt.

Bei Einschluss einer Berufsunfähigkeits- und einer Hinterbliebenenrente ist für die Aufnahme die jeweils strengere Regelung maßgebend. Abweichend hiervon ist für die Aufnahme einer arbeitgeberfinanzierten Versorgung die jeweils günstigere Regelung maßgebend, sofern das Aufnahmeverfahren für die Hinterbliebenenrente strenger wäre als für die Berufsunfähigkeitsrente. (Beispiel: Auf Grund der Höhe der versicherten Leistung wäre eigentlich für die Hinterbliebenenrente eine Gesundheitserklärung und für die Berufsunfähigkeitsrente eine Dienstobliegenheitserklärung erforderlich, dann ist tatsächlich bei Anmeldung des Arbeitnehmers nur eine Dienstobliegenheitserklärung erforderlich.)

Werden bei einem Trägerunternehmen weniger als 10 Arbeitnehmer angemeldet, sind eine Gesundheitserklärung (GV M318) und in Abstimmung mit der Verwaltung ggf. weitere Angaben und Untersuchungen erforderlich. Dies gilt auch für etwaige Aufstockungen.

Dabei bedeuten:

listenmäßig:

Die Allianz verzichtet auf eine Gesundheitsprüfung. Es genügt die Anmeldung auf dem jeweils gültigen Vordruck. Das Inkrafttreten des Versicherungsschutzes setzt die Arbeitsfähigkeit der zu versichernden Person voraus.

Dienstobliegenheitserklärung:

Die Allianz verzichtet auf eine Risikoprüfung, sofern der Arbeitgeber eine Dienstobliegenheitserklärung auf dem jeweils gültigen Vordruck abgibt. Eine Dienstobliegenheitserklärung kann nur dann abgegeben werden, wenn die zu versichernden Personen zum Zeitpunkt der Abgabe der Dienstobliegenheitserklärungen arbeitsfähig sind. Außerdem ist weitere Voraussetzung bei Arbeitgebererklärungen für die Abgabe, dass die zu versichernden Personen seit mindestens 1 Jahr in den Diensten des Trägerunternehmens stehen.

Alternativ zur Arbeitgeber-Dienstobliegenheits-erklärung kann auch vertragseinheitlich die Eigen-Dienstobliegenheitserklärung abgegeben werden.

Kann die Arbeitgeber-Dienstobliegenheit oder die Eigen-Dienstobliegenheit des Arbeitnehmers aus medizinischen Gründen nicht abgegeben werden, erfolgt eine Gesundheitsprüfung.

Gesundheitserklärung:

Die Allianz führt eine Risikoprüfung durch. Die Gesundheitserklärung und in Abstimmung mit der Verwaltung ggf. weitere Angaben und Untersuchungen sind zusammen mit der Anmeldung auf dem jeweils gültigen Vordruck abzugeben.

Allgemeine Regelungen zum Aufnahmeverfahren

Wurde ein Antrag der zu versichernden Person auf Abschluss eines Versicherungsvertrages aus Risikogründen bei der Allianz abgelehnt, zurückgestellt oder nicht zu normalen Bedingungen angenommen, hat die Allianz das Recht, diese Personen nicht zu versichern bzw. Auskünfte zur Beurteilung der Gesundheitsverhältnisse anzufordern bzw. auszuwerten.

Soweit eine Risikoprüfung stattfindet, entscheidet die Allianz über die Annahme der einzelnen Anträge nach ihren Geschäftsgrundsätzen. Die Allianz hat das Recht, bei ungünstiger Risikoeinschätzung Ablehnungen auszusprechen oder Erschwerungen aufzuerlegen.

Die Allianz behält sich vor, jeweils zum Beginn eines Kalenderjahres für neu beantragte Versicherungen das Aufnahmeverfahren zu überprüfen und ggf. zu ändern, ohne dass es dazu einer Kündigung des Vertrages bedarf.

Besteht für ein Trägerunternehmen bereits ein Gruppenvertrag (bzw. ein einem Gruppenvertrag vergleichbarer Vertrag) zur Durchführung der betrieblichen Altersversorgung oder wird ein solcher Vertrag künftig abgeschlossen und wird den zu versichernden Personen freigestellt, sich für eine Versicherung im Rahmen dieses oder des mit einem anderen Unternehmen abgeschlossenen Vertrages zu entscheiden, so ist dieser Umstand der Allianz anzuzeigen, da er für die Risikobeurteilung von Bedeutung sein kann. Dies gilt sinngemäß auch für Direkt- oder Rückdeckungsversicherungen, die außerhalb eines Gruppenvertrages abgeschlossen werden. Die Anzeige ist mit der ersten Anmeldung von Versicherungen seit Vorliegen dieses Umstands vorzunehmen. Die Einhaltung dieser Vereinbarung hat für die Übernahme des Versicherungsschutzes Bedeutung (vergleiche in den Versicherungsbedingungen Abschnitt „Vorvertragliche Anzeigepflicht, Unterabschnitt "Was bedeutet die vorvertragliche Anzeigepflicht?").

Die Allianz behält sich für den Fall, dass der vorstehend aufgeführte Umstand vorliegt, eine abweichende Regelung des Aufnahmeverfahrens für das betroffene Trägerunternehmen vor.

Wurde eine Versicherung nicht zu normalen Bedingungen angenommen, gelten für künftige Erhöhungen die gleichen Bedingungen, sofern keine erneute Risikoprüfung vorgenommen wird.

Regelungen zum Beginn des Versicherungsschutzes

Der Versicherungsschutz zur einzelnen Versicherung beginnt mit Abschluss des jeweiligen Vertrages, jedoch nicht vor dem im Versicherungsschein zur einzelnen Versicherung angegebenen Beginn der Versicherung. Der Versicherungsschutz zur einzelnen Versicherung beginnt zu dem genannten Zeitpunkt nur dann, wenn der erste oder einmalige Beitrag rechtzeitig im Sinne der jeweils gültigen Versicherungsbedingungen gezahlt wird und nicht vor Eingang der einzelnen Anmeldung sowie den dazu erforderlichen Erklärungen bei der Allianz.

Soweit eine Risikoprüfung vorgenommen wird, beginnt der Versicherungsschutz mit der Annahme des einzelnen Antrages durch die Allianz, jedoch frühestens an dem vorgesehenen Versicherungsbeginn.

Arbeitnehmer, die an dem vertraglich festgelegten Versicherungsbeginn bzw. wenn die Anmeldung nach dem Versicherungsbeginn erfolgt, am Tage der Anmeldung arbeitsunfähig sind und Bausteine zum Hinterbliebenenschutz bzw. zum Berufsunfähigkeitsschutz versichern, erhalten erst von dem Tage an Versicherungsschutz, an dem sie ihre Arbeit wiederaufgenommen haben.

Für den Versicherungsschutz, der sich aufgrund einer Erhöhung (nicht bei dynamischem Zuwachs) der einzelnen Versicherung ergibt, gelten diese Regelungen entsprechend.

Die Allianz hat das Recht, sich im Rahmen der Prüfung von Leistungsansprüchen nachweisen zu lassen, dass zu den vorgenannten Terminen die Arbeitsfähigkeit gegeben war.

§ 6 Beiträge

Für die einzelnen Versicherungen ist der zum Beginnstermin gültige Tarif und Tarifbereich für den Beitrag maßgebend.

Beitragsanpassungen, die in den Versicherungsbedingungen vorgesehen sind, bleiben vorbehalten. Solche Anpassungen werden zu Beginn der Versicherungsperiode wirksam, die der Benachrichtigung über die Anpassung folgt.

Die Allianz ist berechtigt, Verzugszinsen zu verlangen, wenn Beitragsforderungen und sonstige Beträge, die der Vertragspartner aus dem Versicherungsverhältnis schuldet, nicht rechtzeitig gezahlt werden bzw. – bei Vereinbarung des (SEPA-) Lastschriftverfahrens – eingezogen werden können.

Die Beiträge werden von der Unterstützungskasse als Beitragsschuldner aufgebracht und bei Fälligkeit je Arbeitgeber durch (SEPA-) Lastschrift von der Allianz beim Arbeitgeber im Auftrag der Unterstützungskasse eingezogen.

Wenn der Beginnstermin der einzelnen Versicherung nicht mit einem der vertragseinheitlichen Beitragsfälligkeitstermine zusammenfällt, so wird dadurch bei der einzelnen Versicherung die durch ihren Beginnstermin bestimmte Versicherungsperiode nicht geändert.

Wenn der Fälligkeitstermin der Beiträge nicht mit dem Beginndatum der Versicherung und damit mit dem Beginn der jeweiligen Versicherungsjahre übereinstimmt, so richtet sich die Versicherungsperiode, bis zu deren Ende die Beiträge im Leistungsfall zu zahlen sind, jedoch weiterhin nach dem Beginn des Versicherungsjahres. Differenzbeiträge werden bei Fälligkeit einer Leistung ausgeglichen.

Im Falle des Zahlungsverzugs treten die in den Versicherungsbedingungen festgelegten Rechtsfolgen ein.

Die Regelungen zur Erhöhung des Beitrags vor Rentenbeginn für Versicherungen mit eingeschlossenem Baustein zur Altersvorsorge mit Tarif StRSKU1/2U (PROFIL / Zukunftsrente Perspektive) und Versicherungsbeginn ab dem 01.01.2019 können den jeweils geltenden Versicherungsbedingungen entnommen werden.

Für alle weiteren Versicherungen mit einem eingeschlossenen Baustein zur Altersvorsorge gilt Folgendes:

1. Erhöhung des Beitrags

Bei Versicherungen mit laufender Beitragszahlung kann bei Vorliegen der nachfolgenden Voraussetzungen während der Aufschubdauer jederzeit der Beitrag um bis zu 15 %, maximal um jährlich 750 EUR, erhöht werden.

Voraussetzungen:

Die Versicherung befindet sich noch in der Aufschubdauer, und es werden laufende Beiträge entrichtet.

Ein dynamischer Zuwachs ist nicht vereinbart.

Seit der letzten Beitragserhöhung sind mindestens 3 Jahre vergangen.

Die versicherte Person hat bei einer Erhöhung das rechnungsmäßige Alter 55 Jahre noch nicht überschritten.

Auswirkungen:

- Durch die Erhöhung des Beitrags erhöht sich die Rente zur Altersvorsorge.
- Das der Leistung aus einem Baustein „Rente aus Kapital bei Tod“ zugrundeliegende Kapital erhöht sich um denselben Betrag wie das bei Rentenbeginn garantierte Kapital.
- Ist eine Leistung bei Tod vor Rentenbeginn vereinbart, erhöht sich die dieser Leistung zugrundeliegende Summe der gezahlten Beiträge um die Summe der bereits für den Baustein zur Altersvorsorge bezahlten Erhöhungsbeträge ohne die Beiträge für etwaige eingeschlossene weitere Bausteine.
- Sofern eine Hinterbliebenenrente vor Rentenbeginn und / oder eine Hinterbliebenenrente ab Rentenbeginn eingeschlossen sind und diese die Höhe der Rente zur Altersvorsorge nicht übersteigen, erhöht sich die Hinterbliebenenrente jeweils im gleichen Verhältnis wie die Rente zur Altersvorsorge. Ist eine Hinterbliebenenrente vor Rentenbeginn eingeschlossen und übersteigt diese die Rente zur Altersvorsorge, erhöht sich die Hinterbliebenenrente vor Rentenbeginn nur um denselben Betrag wie die Rente zur Altersvorsorge.
- Die Leistungen einer eingeschlossenen baren Berufsunfähigkeitsrente erhöhen sich nur dann, wenn eine Risikoprüfung zu einem positiven Ergebnis (in dem Sinne, dass es keine Gründe gibt, die gegen die Erhöhung sprechen) geführt hat. In diesem Fall erhöht sich die bare Berufsunfähigkeitsrente im gleichen Verhältnis wie die Rente zur Altersvorsorge. Im Falle eines ggf. negativen Ergebnisses der Risikoprüfung fließt der gesamte zusätzliche Beitrag in die Altersvorsorge.
- Die Leistungen einer eingeschlossenen Beitragsbefreiung bei Berufsunfähigkeit beziehen sich auf den Gesamtbeitrag nach den erfolgten Erhöhungen, sofern die Ergebnisse einer ggf. vorgenommenen Risikoprüfung dem nicht entgegenstehen.

Ermittlung der Leistungen:

Die Erhöhung der Leistungen errechnet sich nach den am Erhöhungstermin erreichten Vertragsdaten, insbesondere dem rechnungsmäßigen Alter der versicherten Person der restlichen Aufschub- oder Versicherungsdauer und einem eventuell vereinbarten Beitragszuschlag. Es gelten die hierfür maßgebenden Tarifregelungen. Erhöhungstermin für den Beitrag und die Leistungen ist der Erste des Monats der nachfolgenden Versicherungsperiode.

2. Besondere Regelungen zur Beitragshöhe und Beitragserhöhungen

Die Höhe des Beitrags bzw. die Höhe gegebenenfalls festzulegender Beitragsstufen sowie die Zahlungsweise ergibt sich aus den am Beginnstermin der beantragten einzelnen Versicherung jeweils gültigen Regelungen des für den jeweiligen Arbeitgeber (=Trägerunternehmen der Unterstützungskasse) geltenden Tarifvertrags zur Altersvorsorge.

Die hinsichtlich der Höhe des Beitrages und der Zahlungsweise für die jeweilige einzelne Versicherung des Arbeitnehmers erforderlichen Angaben teilt der Arbeitgeber (Trägerunternehmen) der Unterstützungskasse mit.

Während der Aufschubdauer kann jederzeit der Beitrag und die Zahlungsweise für die jeweilige einzelne Versicherung nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen erhöht bzw. geändert werden:

Beitragserhöhungen und Änderungen der Zahlungsweise zu bestehenden Versicherungen sind zulässig, soweit sie sich unmittelbar aus den tarifvertraglichen Bestimmungen ableiten. Erfasst werden hierbei Erhöhungen aufgrund von Änderungen der jeweiligen Tarifverträge, sowie Erhöhungen, die sich unmittelbar aus tarifvertraglichen Bestimmungen ableiten lassen, allerdings nicht notwendigerweise auf einer Änderung des Tarifvertrags selbst beruhen.

Die Erhöhung der Leistungen errechnet sich nach den am Erhöhungstermin erreichten Vertragsdaten, insbesondere dem rechnungsmäßigen Alter der versicherten Person, der restlichen Aufschub- oder Versicherungsdauer und einem eventuell vereinbarten Beitragszuschlag. Es gelten die am Erhöhungstermin maßgebenden Tarifregelungen.

§ 7 Vorzeitiges Ausscheiden

Scheidet eine versicherte Person vor Eintritt des Versicherungsfalles aus dem Vertrag des Trägerunternehmens aus, so zeigt das Trägerunternehmen dies auf dem dafür vorgesehenen Abmeldevordruck (siehe Anlage) oder in geeigneter sonstiger Form (z.B. über FirmenOnline) gegenüber der Unterstützungskasse an. Die Unterstützungskasse kündigt die auf das Leben dieser Person abgeschlossene Versicherung zum Schluss des Ausscheidemonats, längstens einen Monat rückwirkend. Aufgrund der Kündigung erlischt der Versicherungsschutz.

Die Versicherung einer ausgeschiedenen Person kann innerhalb des Vertrages weitergeführt werden, wenn die Unterstützungskasse dies beantragt und die Beiträge weiterzahlt.

Die Unterstützungskasse kann auch verlangen, dass die Versicherung mit einem Beitrag fortgesetzt wird, der zur Aufrechterhaltung einer Anwartschaft in Höhe des nach § 2 Betriebsrentengesetz unverfallbaren Anspruchs erforderlich ist.

Bei Kündigung der Versicherung kann die Unterstützungskasse verlangen, dass die Versicherung der ausgeschiedenen Person innerhalb des Vertrages in eine beitragsfreie umgewandelt wird, sofern nach den Versicherungsbedingungen die Voraussetzungen für eine solche Umwandlung gegeben sind; andernfalls erlischt die Versicherung. Aufgrund der Umwandlung besteht, abweichend von Absatz 1, Satz 2 und 3, Versicherungsschutz in Höhe der beitragsfreien Rente.

Wird die Versicherung einer ausgeschiedenen Person nicht weitergeführt, gelten die Regelungen zur Kündigung in den jeweils gültigen Bedingungen.

Bei Arbeitgeberwechsel mit Übernahme der Unterstützungskassenzusage durch den neuen Arbeitgeber innerhalb des Verbandes bzw. seines Rechtsnachfolgers können Versicherungen auch – unverändert – in diesem Vertrag weitergeführt werden.

§ 8

Geschäftsverkehr, Willenserklärungen

Der gesamte Geschäftsverkehr wird grundsätzlich zwischen der Unterstützungskasse und der Allianz als der geschäftsführenden Gesellschaft geführt.

Die Unterstützungskasse bestätigt der Allianz, dass die zu versichernden Personen ihre schriftliche Einwilligung zum Abschluss der Versicherung nach § 150 Absatz 2 Versicherungsvertragsgesetz (VVG) vor der Anmeldung zum Vertrag gegeben haben.

§ 9

Zahlung der Versicherungsleistung

Die fälligen Versicherungsleistungen werden an die Unterstützungskasse gezahlt oder aber im Auftrag der Unterstützungskasse an Dritte erbracht.

§ 10 Veröffentlichungen

Die Unterstützungskasse wird über den Wortlaut aller Rundschreiben, Drucksachen oder Vervielfältigungen, die sich auf den Durchführungsvertrag, auf die Tarife oder auf die Versicherungsbedingungen beziehen, vor ihrer Bekanntgabe Einvernehmen mit der Hauptverwaltung der Allianz herstellen.

II. Schlussbestimmungen

§ 11

Vertragsdauer, Änderung, Kündigung des Vertrages

Vertragsdauer und Kündigungsregelungen entsprechen denen der Rahmenvereinbarung des Versorgungswerks MetallRente vom 18.12.2001 in ihrer jeweils gültigen Fassung. Eine außerordentliche Kündigung dieses Vertrags aus wichtigem Grund bleibt hiervon unberührt. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn die BaFin von einem Konsortialpartner die außerordentliche Kündigung verlangt. Durch Kündigung des Vertrages werden die im Zeitpunkt des Außerkrafttretens bestehenden Versicherungen nicht berührt. Diese werden bis zu ihrem natürlichen Ablauf unverändert fortgesetzt, wenn und solange die Beiträge vom einzelnen Arbeitgeber vertragsgemäß entrichtet werden. Die Vertragspartner sind sich darin einig, bei Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie bei Änderungen des Tarifvertrages, sowie bei Beanstandungen der BaFin, die Änderungen dieses Vertrages erforderlich machen, daran mitzuwirken, dass diese Änderungen in gegenseitigem Einvernehmen vorgenommen werden können. Kommt ein Einvernehmen nicht zustande, haben die Vertragspartner das Recht, diesen Vertrag ohne Einhaltung einer Frist durch eingeschriebenen Brief zu kündigen. Jede Änderung des Durchführungsvertrages bedarf der Schriftform. Dies gilt auch für die Schriftformklausel. Die Allianz wird bei aufsichtsrechtlichen Angelegenheiten umfassend kooperieren und Aufsichtsbehörden, externen Prüfern und der internen Revision soweit notwendig und rechtlich zulässig die erforderlichen Einsichts-, Informations- und Prüfungsrechte gestatten. Die Allianz verpflichtet sich, soweit die BaFin dies im Einzelfall fordert, den jeweiligen Weisungen der anderen Konsortialpartner, im von der BaFin geforderten Umfang zu folgen. Die Konsortialpartner stellen sicher, dass die versicherungsaufsichtsrechtlichen Anforderungen eingehalten werden. Die Konsortialpartner verpflichten sich gegenüber Allianz, über Entwicklungen zu informieren, die die ordnungsgemäße Erledigung der Bestandsverwaltung beeinträchtigen.

§ 12

Teilunwirksamkeit

Sollte eine der Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder sollte dieser Vertrag eine Lücke aufweisen, so soll die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages hiervon nicht berührt werden.

An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen oder zur Ausfüllung der Lücke soll eine angemessene Regelung treten, die im Rahmen des rechtlich

Zulässigen und wirtschaftlich Vernünftigen dem am nächsten kommt, was die Vertragspartner gewollt haben oder gewollt hätten, wenn sie diesen Punkt bedacht hätten.

§ 13 Sonstige Hinweise

Im Falle des Versorgungsausgleichs des Arbeitnehmers bei Ehescheidung oder bei Aufhebung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft (entsprechend Art. 12 VAStrRefG) nach dem Versorgungsausgleichsgesetz kommt die zu diesem Zeitpunkt aktuell geltende Fassung der Teilungsordnung der Unterstützungskasse zur Anwendung.

§ 14 Weitere Bestandteile des Durchführungsvertrages

Für die Neuabschlüsse ab dem 01.01.2021 gelten die beigefügten Bestandteile:

Versicherungsbedingungen für

- Baustein Altersvorsorge – Zukunftsrente Klassik E70(UKM) – für die Tarife StR2U, StR1U und StRS2U
- Baustein Altersvorsorge – Zukunftsrente Perspektive E170(UKM) – für den Tarif StRSKU1U
- Bausteine Berufsunfähigkeitsvorsorge – Beitragsbefreiung und Berufsunfähigkeitsrente E5(UKM)
- Baustein Hinterbliebenenvorsorge – Hinterbliebenenrente vor Rentenbeginn E16(UKM) – für den Baustein WRA
- Baustein Hinterbliebenenvorsorge – Hinterbliebenenrente ab Rentenbeginn E18(UKM) – für den Baustein WRR
- Bausteine Hinterbliebenenvorsorge – Waisenrente E375(UKM) – für die Bausteine KRA (HK) und KRR (HK)

Kostenausweis zur UK für die ab dem 01.01.2021 gültigen Tarife

Wichtige Mitteilung zu den Folgen einer Anzeigepflichtverletzung nach §19 Abs. 5 Versicherungsvertragsgesetz

Anmeldevordrucke, Dienstobliegenheitserklärungen, Gesundheitserklärungen und Abmeldevordruck in den jeweils gültigen Fassungen (siehe Anlagen zum Durchführungsvertrag)

Für bis zum 31.12.2020 abgeschlossene Versicherungen sind die jeweils zum Abschlussstermin gültigen Fassungen der o.g. Dokumente und Formulare maßgeblich. Davon ausgenommen ist der Abmeldevordruck.

§ 15 Anzuwendendes Recht

Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

§ 16 Gerichtsstand

Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten zwischen MetallRente GmbH und den Gesellschaften aus oder im Zusammenhang mit diesem Vertrag ist Berlin. Für Streitigkeiten aus den von den einzelnen Arbeitgebern abgeschlossenen Versicherungsverträgen gelten die Bestimmungen in den Versicherungsbedingungen.

Berlin,

Datum

Altersversorgung Metall und Elektro – MetallRente GmbH

Stuttgart, _____
Datum Allianz-Pensions-Management e.V.

Stuttgart, _____
Datum Allianz Lebensversicherungs-AG

Hamburg,

_____ Datum

_____ ERGO Lebensversicherung AG

Wiesbaden, _____

Datum

R+V Lebensversicherung AG

Anlagen zum Durchführungsvertrag

Weitere Bestandteile des Durchführungsvertrages gem. § 14

Anmeldung von Versorgungsberechtigten FVBMR 798

Arbeitgeber-Dienstobliegenheitserklärung GV M86

Eigen-Dienstobliegenheitserklärung GV M368

Gesundheitserklärung GV M318 (bei Berufsunfähigkeitsrente und Beitragsbefreiung BU zur Altersvorsorge)

Gesundheitserklärung GV M319 (bei Hinterbliebenenvorsorge mit oder ohne Beitragsbefreiung BU)

Abmeldevordruck GV A0087